

N i e d e r s c h r i f t

über die 19. Sitzung des Rates in seiner 6. Wahlperiode am 08.11.2001 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Belger, Hans-Martin	SPD-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
Dr. Budde, Johannes	CDU-Fraktion
Budig, Detlef	SPD-Fraktion
Butschko, Peter	CDU-Fraktion
Danielewsky, Mike	CDU-Fraktion
Ditz, Hans-Joachim	CDU-Fraktion
Geyer, Jens (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Goller, Werner	SPD-Fraktion
Greis, Peter (Entschuldigt fehlend)	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Hackel, Gabriele	CDU-Fraktion
Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Knauer, Ariane (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
Dr. Knops, Hans Joachim	CDU-Fraktion
König, Karl anwesend bis einschl. TOP Ö 20.	CDU-Fraktion
Liebe, Luda	Fraktion MBM/F.D.P.
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Neufeldt, Friederike	CDU-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Ockel, Reinhard	CDU-Fraktion
Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion	CDU-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Richrath, Martin	CDU-Fraktion
Sander, Dieter	SPD-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Scheige, Gerardo (Entschuldigt fehlend)	Fraktion PETO
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Schunke, Dieter	SPD-Fraktion
Senft, Harald	CDU-Fraktion
Stamm, Andrea	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Stapper, Norbert	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Tonn, Elisabeth	SPD-Fraktion
von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Warden, Marion	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Thomanek, Georg	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Herforth, Gisela	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Kirberg, Inge	Verwaltung - Schriftführerin

Beginn der Sitzung 18:10 Uhr

Ende der Sitzung 21:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung
-öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2001/0484 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 04.10.2001
- Ö 4. 2001/0499 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW;
Familie Rees, Lottenstraße, ua. vom 24.10.2001
Überprüfung der Zufahrtsmöglichkeiten Lottenstraße (unterer Teil) im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes
- Ö 5. 2001/0519 Bebauungsplan Nr. 99 M (südlich Kielsgraben/östlich Monheimer Straße)
- Satzung über eine Veränderungssperre gem. §§ 14 und 16 BauGB für den westlichen Teil des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 99 M
- Ö 6. 2001/0478 Bebauungsplan Nr. 105 M (Rheinanleger Monheim)
- Aufstellungsbeschluss
- Frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB
- Ö 7. 2001/0518 Straßenumbenennung im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 84 M
- Ö 8. 2001/0496 Übergang des Betriebes der Sozialstation Alte Freiheit e. V. auf den Verein für psychosoziale Dienste, Langenfeld
- Ö 9. 2001/0486 Unterbringung von Fund- und Verwahrtieren im Tierheim Hilden
- Ö 10. 2001/0458 Satzung der Musikschule
- Ö 11. 2001/0441 Entgeltordnung der Musikschule
- Ö 12. 2001/0464 Entgeltordnung für die Volkshochschule der Stadt Monheim am Rhein
- Ö 13. 2001/0462 Verabschiedung der Satzung sowie Wahlordnung für das Kinder- und Jugendparlament
- Ö 14. 2001/0475 Artikelsatzung zur Anpassung von Vorschriften der Stadt Monheim am Rhein an den Euro (Euro-Anpassungssatzung)
- Ö 15. 2001/0498 Entlastung der Organe der Stadt-Sparkasse Monheim am Rhein gem. § 27 Abs. 3 des Sparkassengesetzes NRW für das Geschäftsjahr 2000

- Ö 16. 2001/0472 Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung gem. § 60.1 GO NW;
Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln im Verwaltungshaushalt - Bereich Heimerziehung -
- Ö 17. 2001/0435 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe Berufsschulzweckverbandsumlage
- Ö 18. 2001/0491 Einbringung des Verwaltungsentwurfs der Haushaltssatzung 2002, des Haushaltsbuchs 2002, des Haushaltsplans 2002 sowie des Investitionsprogramms für die Jahre 2001 - 2005
- Ö 0. Bürgerfragestunde
- Ö 19. Mündliche Mitteilungen
- Ö 20. Mündliche Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

- NÖ 21. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 22. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung
-nichtöffentlicher Teil-
- NÖ 23. 2001/0485 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 04.10.2001
- NÖ 24. 2001/0477 Kreditangelegenheit
- NÖ 25. 2001/0402 Grundstücksangelegenheit
- NÖ 26. 2001/0500 Grundstücksangelegenheit
- NÖ 27. 2001/0501 Grundstücksangelegenheit
- NÖ 28. 2001/0507 Auftragsvergabe
- NÖ 29. Mündliche Mitteilungen
- NÖ 30. Mündliche Anfragen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Vor Beginn der Sitzung ehrt Herr Bürgermeister Dünchheim die Ratsmitglieder König und Jelinek, die dem Rat nunmehr seit 25 Jahren angehören.

Herr Bürgermeister Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.
Der erkrankten Ratsfrau Knauer übermittelt er die Genesungswünsche des Rates.

**Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung
-öffentlicher Teil-**

Der Rat nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

Ö 3. 2001/0484 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 04.10.2001

Auf die Frage aus der Fraktion Die Grünen zu TOP Ö 4. betont der Bürgermeister, dass ein schuldhaftes Verhalten der Verwaltung in der PCB-Frage nicht erkennbar ist, da jede einzelne Frage durch gutachterliche Stellungnahmen belegbar ist.

Der Rat nimmt den Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 04.10.2001 zur Kenntnis.

**Ö 4. 2001/0499 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW;
Familie Rees, Lottenstraße, ua. vom 24.10.2001
Überprüfung der Zufahrtsmöglichkeiten Lottenstraße (unterer
Teil) im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes**

In der Diskussion wird übereinstimmend die Meinung vertreten, die Gesamtproblematik der Verkehrsverhältnisse im Wohngebiet Lottenstraße/Auf dem Kamp/Heinrich-Späth-Straße u.a. im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Schulwegsicherung zu überprüfen.

Hinsichtlich der in der Anregung dargestellten derzeitigen Problematik durch Kanalbauarbeiten im Bereich Heinrich-Späth-Straße/Krischerstraße spricht sich der Rat einstimmig für eine vorübergehende Öffnung der Lottenstraße am Deusser-Haus während der Baumaßnahme aus.

**Ö 5. 2001/0519 Bebauungsplan Nr. 99 M (südlich Kielsgraben/östlich
Monheimer Straße)
- Satzung über eine Veränderungssperre gem. §§ 14 und 16
BauGB für den westlichen Teil des in Aufstellung befindlichen
Bebauungsplanes Nr. 99 M**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt eine neue Vorlage vor, da der Fachausschuss in seiner gestrigen Sitzung eine Änderung der Satzung beschlossen hat.

Beschluss

1. Gem. § 16 Abs.1 BauGB wird für das Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 99 M eine Veränderungssperre als Satzung beschlossen.

2. Die Satzung ist öffentlich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 6. 2001/0478 Bebauungsplan Nr. 105 M (Rheinanleger Monheim)
- **Aufstellungsbeschluss**
- **Frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB**

Beschluss

3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes 105 M (Rheinanleger Monheim) wird gemäß § 2 Abs.1 BauGB beschlossen.
4. Auf Grundlage des städtebaulichen Konzepts wird die Durchführung einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 7. 2001/0518 Straßenumbenennung im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 84 M

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt eine neue Vorlage vor, da der Fachausschuss in seiner gestrigen Sitzung einen abgeänderten Beschluss gefasst hat.

Die Fraktion Die Grünen hält die im Fachausschuss von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Straßenbezeichnung "Rheinpromenade Alte Freiheit" für zu sperrig und den Namen "Rheinpromenade" für gefälliger. Sie spricht sich dafür aus, entweder die Bezeichnung "Rheinpromenade" oder "Alte Freiheit" zu wählen und beantragt, die Namensgebung zu verschieben und im interfraktionellen Gespräch zu einer Einigung zu kommen.

Die SPD-Fraktion spricht sich grundsätzlich gegen die Umbenennung des Straßenabschnitts aus. Sie ist der Meinung, dass die Bezeichnung "Monheimer Straße" heimatgeschichtlich eine Bedeutung hat und durchaus eine adäquate Adresse für anzusiedelnde Unternehmen ist.

Die CDU-Fraktion bleibt bei ihrem im Fachausschuss gemachten Vorschlag und lehnt eine Verschiebung der Beschlussfassung ab. Sie hält eine Umbenennung vor dem Hintergrund der vorgesehenen Planungen in diesem Bereich für sinnvoll, und zwar vor der Ansiedlung von Unternehmen.

Beschluss

Der im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 84 M gelegene Abschnitt der Monheimer Straße wird in „Rheinpromenade Alte Freiheit“ umbenannt.

Abstimmungsergebnis:

dafür	20 Stimmen (BM, 19 CDU)
dagegen	17 Stimmen (11 SPD, 3 Grüne, 1 Peto, 2 MBM/F.D.P.)

Ö 8. 2001/0496 Übergang des Betriebes der Sozialstation Alte Freiheit e. V. auf den Verein für psychosoziale Dienste, Langenfeld

Die CDU-Fraktion begrüßt die Vorlage ausdrücklich. Sie betont, dass das bisherige Angebot der Sozialstation auch nach Übernahme durch den Verein für psychosoziale Dienste uneingeschränkt bestehen bleibt, insbesondere auch die gerontopsychiatrischen Hilfen, die von den anderen Sozialstationen nicht angeboten werden. Da auch alle Beschäftigten vom neuen Träger übernommen werden, stehe der Zustimmung durch die CDU-Fraktion nichts im Wege.

Die SPD-Fraktion bemängelt die fehlende Vorberatung im Fachausschuss. Sie geht auf die Entstehung und Entwicklung der Einrichtung in den 80er Jahren ein, verweist auf die bekannten Unterschiede zum Angebot der privaten Pflegedienste und hält es nach wie vor für vertretbar, dass für diese Leistungen öffentliche Gelder verwendet werden. Sie macht deutlich, dass mit der Übergabe der Sozialstation die Einflussmöglichkeiten der Stadt verloren gehen und u.U. vom neuen Träger andere Schwerpunkte gesetzt werden könnten. Die Sprecherin betont, dass die Sozialstation eine gewachsene und wichtige Einrichtung der Stadt ist, die auch zukünftig ihre guten Leistungen erbringen sollte, und zwar mit städtischer Beteiligung. Aus diesen Gründen lehne die SPD-Fraktion die Vorlage ab, womit jedoch keine Negativbewertung des VPD verbunden sei.

Die Fraktion Die Grünen kritisiert ebenfalls die fehlende Vorberatung im Fachausschuss. Sie äußert ihre Zufriedenheit über den Abschluss ihrer Initiative, ein Konzept zur kostendeckenden Führung des Vereins vorzulegen. Die jetzt gefundene Regelung sei für die Patienten, die Mitarbeiter und auch für die städtischen Interessen eine gute Lösung, zumal insbesondere auch die Versorgung von psychiatrischen Patienten beim VPD gewährleistet sei.

Die Verwaltung erläutert hinsichtlich der nicht erfolgten Vorberatung im Fachausschuss, dass es nicht gelungen ist, die nötigen Abstimmungen mit dem VPD und innerhalb des Vereinsvorstandes fristgerecht zur Fachausschusssitzung am 24.10.2001 abzuschließen. Da die nächste Fachausschusssitzung am 05.12.2001 für die Regelungen zur Betriebsüberleitung jedoch zu spät sei, werde der Rat heute direkt mit der Angelegenheit befasst, zumal die drei Interessenvertreter im Verein vom Rat benannt wurden und es auch Sache des Rates sei, festzulegen, wie diese drei Vertreter in der Angelegenheit abzustimmen haben.

Beschluss

Die drei Interessenvertreter der Stadt Monheim am Rhein im Verein Sozialstation Alte Freiheit e.V. werden ermächtigt, dem Übergang des Betriebes auf den Verein für psychosoziale Dienste Langenfeld, zum 01.01.2002 zuzustimmen.

Gleichzeitig werden die Interessenvertreter beauftragt, der Auflösung des Vereines zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

dafür	26 Stimmen (BM, 19 CDU, 3 Grüne, 1 Peto, 2 MBM/F.D.P.)
dagegen	11 Stimmen (SPD)

Ö 9. 2001/0486 Unterbringung von Fund- und Verwahrtieren im Tierheim Hilden

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Tier- und Naturschutzverein Hilden e. V., Im Hock 7 in 40721 Hilden, den vorgelegten Vertrag über die Unterbringung von Fund- und Verwahrtieren im Meta-Kappel-Tierheim Hilden abzuschließen, und zwar mit folgender im Haupt- und Finanzausschuss am 31.10.2001 beschlossenen Änderung:
Ziff. 3 Satz 2 ist um "für maximal 20 Tage" zu ergänzen.
Der Vertrag ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 10. 2001/0458 Satzung der Musikschule

Beschluss

Die Satzung der Musikschule wird in vorgelegter Fassung beschlossen. Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 11. 2001/0441 Entgeltordnung der Musikschule

Vom Sprecher der Fraktion Peto wird, wie bereits im Fachausschuss, beantragt, den Preis für 30 Minuten Einzelunterricht nicht zu erhöhen und auf 42,00 € festzusetzen. Er stellt fest, dass dieser Preis deutlich über den Gebühren anderer Städte liegt und sieht keinen Grund, den Eltern diese Erhöhung zuzumuten.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport verweist auf die diesbezügliche Diskussion im Fachausschuss, der den Antrag der Fraktion Peto nach den Erläuterungen der Verwaltung abgelehnt hat: Die Tarifstruktur der Musikschule sieht Entgeltermäßigungen bis zu 80 % vor; eine solche weitreichende Sozialkomponente gebe es in keiner vergleichbaren Stadt.

Beschluss

Die Entgeltordnung der Musikschule wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.. Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

dafür	33 Stimmen (BM, 19 CDU, 11 SPD, 2 MBM/F.D.P.)
dagegen	1 Stimme (Peto)
Enthaltung	3 Stimmen (Grüne)

Ö 12. 2001/0464 Entgeltordnung für die Volkshochschule der Stadt Monheim am Rhein

Beschluss

Die Entgeltordnung für die Volkshochschule der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.
Die Entgeltordnung ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Aus der CDU-Fraktion wird in diesem Zusammenhang, wie bereits im Fachausschuss, angefragt, ob es möglich ist, einen Link zu installieren, um von den städtischen Internetseiten zu den Internetseiten der VHS zu gelangen.
Die Verwaltung erläutert, dass das Problem bekannt ist und berichtet von Meinungsverschiedenheiten zwischen VHS und Öffentlichkeitsarbeit. Sie ist bestrebt, die Angelegenheit noch vor der Weihnachtspause zu klären.

Ö 13. 2001/0462 Verabschiedung der Satzung sowie Wahlordnung für das Kinder- und Jugendparlament

Beschluss

Die Satzung sowie die Wahlordnung für das Jugendparlament der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.
Die Geschäftsordnung des Jugendparlamentes, über die das Jugendparlament entscheiden wird, wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 14. 2001/0475 Artikelsatzung zur Anpassung von Vorschriften der Stadt Monheim am Rhein an den Euro (Euro-Anpassungssatzung)

Beschluss

Die vorgelegte Artikelsatzung zur Anpassung von Vorschriften der Stadt Monheim am Rhein an den Euro (Euro-Anpassungssatzung) wird beschlossen; sie ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 15. 2001/0498 Entlastung der Organe der Stadt-Sparkasse Monheim am Rhein gem. § 27 Abs. 3 des Sparkassengesetzes NRW für das Geschäftsjahr 2000

Herr stellv. Bürgermeister König übernimmt die Sitzungsleitung.

Beschluss

Den Organen der Stadt-Sparkasse Monheim am Rhein wird für das Geschäftsjahr 2000 gemäß § 27 Abs. 3 des Sparkassengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Herr Bürgermeister Dünchheim und die Ratsmitglieder Bosbach, Hengsberger, Göbel, Sander, Schaub und Dr. Stapper haben sich als Mitglieder des Verwaltungsrates der Stadtsparkasse während dieses Tagesordnungspunktes in den Zuhörerraum begeben und an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Herr Bürgermeister Dünchheim übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.

**Ö 16. 2001/0472 Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung gem. § 60.1 GO NW;
Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln im
Verwaltungshaushalt - Bereich Heimerziehung -**

Beschluss

Die vom Bürgermeister Thomas Dünchheim und Ratsfrau Elisabeth Tonn am 09.10.2001 getroffene Dringliche Entscheidung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Ö 17. 2001/0435 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe
Berufsschulzweckverbandsumlage**

Die Verwaltung zieht die Vorlage zurück; die Mittel sind im Haushalt enthalten.

**Ö 18. 2001/0491 Einbringung des Verwaltungsentwurfs der Haushaltssatzung
2002, des Haushaltsbuchs 2002, des Haushaltsplans 2002 sowie
des Investitionsprogramms für die Jahre 2001 - 2005**

Die Redemanuskripte des Bürgermeisters und des Kämmerers zur Einbringung des Haushalts 2002 sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Bürgermeister Dünchheim verweist darauf, dass innerhalb des Projektes Bürgerhaushalt Fragebögen an Bürger versandt wurden. Die Ergebnisse werden den Fraktionen rechtzeitig zu ihren Klausurtagungen zur Verfügung gestellt, damit sie in die Beratungen einbezogen werden können.

Beschluss

Die Verwaltungsentwürfe der Haushaltssatzung 2002, des Haushaltsbuchs 2002, des Haushaltsplans 2002 und des Investitionsprogramms 2001 – 2005 werden zur Beratung an die Ausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 0. Bürgerfragestunde

Beginn: 19.30 Uhr

Ein Bürger stellt die Frage an den Bürgermeister, ob er nach den Erfahrungen der letzten Wochen noch einmal die Müllverwiegung einführen würde. Er fragt nach der vom Bürgermeister bereits mehrfach kritisch hinterfragten Erfüllung der von der Fa. Rethmann übernommenen Pflichten und ob es richtig ist, dass von Bürgern mittlerweile die Korrektheit der Wiegeprotokolle und die richtige Zuordnung der Tonnen beanstandet wird. Er spricht die Ausstattung der Container im Berliner Viertel mit Schleusen an und stellt die Frage, wie es mit zu erwartenden Reparaturen bei Insolvenz der Herstellerfirma aussehen wird.

Herr Bürgermeister Dünchheim bestätigt die vom Bürger angesprochenen Mängel. Er betont auf die gestellten Fragen, dass die Verwaltung um die Klärung all dieser Dinge bemüht ist und sich in einem sehr intensiven juristisch geführten Verfahren mit der Fa. Rethmann befindet. Sie hofft, dass es zu einem außergerichtlichen Vergleich mit dem Ziel eines Minderungsbetrages kommen wird.

Ein weiterer Bürger stellt hierzu die Frage, ob diese von der Fa. Rethmann zurückzuzahlenden Beträge an die Bürger zurückfließen.

Der Bürgermeister antwortet hierauf, dass diese Beträge in den Gebührenhaushalt einfließen und damit den Bürgern zugute kommen.

Auf die entsprechende Frage des Bürgers verweist der Bürgermeister darauf, dass die Abfuhr der Tonnen bis in die späten Abendstunden erfolgen kann.

In einer weiteren Anfrage kritisiert der Bürger, dass er als Abonnent das Amtsblatt, in dem die Tagesordnung der heutigen Ratssitzung veröffentlicht wurde, nicht erhalten hat und dass er im Internetangebot der Stadt die Tagesordnung dieser Ratssitzung nicht vorgefunden hat.

Die Verwaltung erwidert hierauf, dass das erwähnte Amtsblatt veröffentlicht und zugestellt wurde und auch die Tagesordnungen der heutigen Sitzung im Internetangebot enthalten ist.

Ende: 19.37 Uhr

Ö 19. Mündliche Mitteilungen

Es liegen keine mündlichen Mitteilungen vor.

Ö 20. Mündliche Anfragen

Ö 20.1 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Sander (SPD) Müllverwiegung

Ratsherr Sander verweist auf die bereits in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen gestellte Anfrage zur Müllsituation im Berliner Viertel und fragt an, ob die Verwaltung in der Lage ist, zu den bekannten Mängeln und Unklarheiten der Müllverwiegung und zur Müllsituation im Stadtgebiet Auskunft zu geben. Die Verwaltung bezieht sich auf die bereits gestern im Fachausschuss beantwortete Anfrage und berichtet wie folgt:

Funktionalität der Schleusen

Mängel können der Verwaltung mitgeteilt werden, die sie dann an die Fa. Rethmann weitergibt oder Mängel werden direkt der Fa. Rethmann gemeldet. Diese Mängel werden dann von der Fa. Rethmann abgestellt. Nach Kenntnis der Verwaltung gibt es die geschilderten Schleusenprobleme nur im Berliner Viertel. Zu einem großen Teil sind die Schäden auf Gewalteinwirkung zurückzuführen. Die Verwaltung wird die ihr bekannten Mängel an die Fa. Rethmann weitergeben, die eine kurzfristige Beseitigung zugesagt hat.

Probleme bei der Bedienung der Schleusen

Der kommunale Ordnungsdienst, der in letzter Zeit noch personell aufgestockt worden ist, ist verstärkt im Berliner Viertel eingesetzt, um Probleme zu beseitigen, die Bedienung der Schleusen zu erläutern und bei der Bedienung behilflich zu sein.

Beseitigung von Abfällen

Die LEG hat eine Firma mit Aufräumarbeiten und der Beseitigung von Abfällen beauftragt, die nicht ordnungsgemäß in die dafür vorgesehenen Müllcontainer im Berliner Viertel eingeworfen werden. Sie erfüllt damit ihre per Satzung und Gesetz auferlegte Pflicht eines jeden Eigentümers, Müll, der sich auf seinem Grundstück befindet, zu beseitigen, und zwar ordnungsgemäß in die entsprechenden Container zu werfen.

Anzahl der gelben und blauen Müllgefäße

Falls die LEG einen Mehrbedarf an gelben und blauen Containern hat, kann sie weitere Container ordern. Der Verwaltung ist bekannt, dass die LEG ab 01. Oktober 151 graue Restmüllcontainer abgemeldet und statt dessen 95 weitere gelbe Container geordert hat. Ob dies ausreicht, ist der Verwaltung nicht bekannt, dies ist jedoch auch eine Angelegenheit der LEG. Die Verwaltung wird, sollte die LEG Wünsche äußern, weitere Gefäße aufzustellen, diese an die Fa. Rethmann weitergeben.

Undichte Großcontainer

Die Verwaltung hat hierzu Kontakt mit der Firma aufgenommen, die von der LEG beauftragt ist, den neben die Container geworfenen Müll ordnungsgemäß in die Container einzufüllen. Dieser Firma ist von Undichtigkeiten nichts bekannt. Sie wird jedoch den Klagen nachgehen. Wenn sich diese Klagen bestätigen, wird die Verwaltung dieses Problem an die Fa. Rethmann herantragen.

Sie geht davon aus, dass die Fa. Rethmann, wie bereits bei den kleineren Gefäßen zugesagt, auch diese Mängel behebt.

**Ö 20.2 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Pruin (Grüne)
Grundstücksgeschäft Fa. Drössert**

Rats Herr Pruin bezieht sich auf einen Presseartikel vom gestrigen Tage, in dem ihm unterstellt wird, er habe die Schuld daran, dass der Verkauf eines städt. Grundstücks an eine Dachdeckerfirma im Jahr 1999 nicht zu Stande gekommen sei, da er Informationen aus einer nichtöffentlichen Sitzung weitergegeben habe. Er stellt die Frage, ob der damalige Sprecher der SPD-Fraktion diesen Schuldvorwurf erhoben habe und es tatsächlich an ihm (Pruin) gelegen habe, dass das Grundstücksgeschäft nicht zu Stande kam oder ob dies auch andere Gründe hatte.

Herr Bürgermeister Dünnheim antwortet, dass er, damals als Zuhörer im Rat, sich daran erinnern könne, dass Schuldvorwürfe von mehreren Seiten erhoben wurden, und zwar sei es um die Öffentlichkeit und Nichtöffentlichkeit von Informationen gegangen.

Er berichtet, dass er z.Z. Gespräche mit dem Dachdeckerbetrieb Drößert führe. Die Ursache für den damaligen Wegzug der Firma sei darin zu sehen, dass die Firma sich damals durch die von der Stadt betriebene Preispolitik sehr unfair behandelt fühlte, weil sie gegenüber einem normalen Preis von 170 DM/qm einen weitaus höheren Preis bezahlen sollte.

**Ö 20.3 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Schmidt (SPD)
Teilnahme der Verwaltung am Arbeitskreis ÖPNV beim Kreis
Mettmann**

Rats Herr Schmidt berichtet von der heute Morgen stattgefundenen Sitzung des Arbeitskreises ÖPNV bei der Kreisverwaltung Mettmann, zu der alle kreisangehörigen Städte und die Verkehrsunternehmen geladen waren. Mit dem Hinweis, dass außer Monheim am Rhein alle Städte des Kreises vertreten waren, stellt er die Frage, ob die Stadt nicht in der Lage war, einen Vertreter zu entsenden.

Herr Beigeordneter Spiecker zeigt sich verwundert, dass kein Vertreter der Stadt anwesend war und betont, dass der zuständige Mitarbeiter an dieser Sitzung teilnehmen wollte. Warum dies nicht geschehen sei, sei ihm nicht bekannt.

**Ö 20.4 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Hengsberger (SPD)
Grundstücksgeschäfte - Vorwürfe gegen Ehrenbürgermeisterin
Friebe**

Ratsfrau Hengsberger bezieht sich auf Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit gegen die frühere Bürgermeisterin Friebe in früheren Grundstücksgeschäften erhoben werden. Sie verweist auf den in dieser Angelegenheit vor etwa zwei Monaten von der SPD-Fraktion an den Bürgermeister gerichteten Brief, in dem um Klärung gebeten wurde und mahnt dies dringend an.

Herr Bürgermeister Dünnheim räumt ein, dass die Verwaltung mit der schriftlichen Antwort im Verzug ist und sagt eine umgehende Erledigung zu. Er betont, dass die Überprüfungen ergeben haben, dass an diesen Vorwürfen nichts dran ist.

Ö 20.5

Mündliche Anfrage des Ratsherrn Goller (SPD) Café im Marienburgpark

Ratsherr Goller bezieht sich auf die Mitteilung der Verwaltung in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen, in der die Verwaltung auf eine Anfrage mitgeteilt habe, dass die Baugenehmigung für das Café im Marienburgpark noch nicht erteilt ist, weil noch eine Unterschrift fehlt. Er fragt an, wessen Unterschrift fehlt und warum.

Die Verwaltung erläutert, dass gestern die Frist für die Unterschrift des Investors unter den städtebaulichen Vertrag abgelaufen ist, sie wurde nicht erteilt.

Sie gibt es neues Verhandlungsergebnis eines Gesprächs mit dem Investor vom heutigen Tage bekannt. Danach wird es ein Café im Marienburgpark geben, jedoch nicht dort, wo das umstrittene Baurecht geschaffen wurde, sondern in einem bereits vorhandenen Gebäude, und zwar in dem sogenannten Kutscherhaus, das unmittelbar an der jetzigen Zufahrt zum Marienburgpark liegt. Für dieses Gebäude liegt ein Bauantrag zum Umbau in ein Wohnhaus vor. Dieser Bauantrag soll dahingehend abgeändert werden, dass eine Hälfte des Gebäudes für den Cafébetrieb, zumindest für die Zeit der Euroga, umgebaut wird. Dieser Umbau ist mit weniger Aufwand als ein Neubau möglich.

Ö 20.6

Mündliche Anfrage des Ratsfrau Stamm (Grüne) PCB-Problematik an der Gesamtschule

Ratsfrau Stamm bezieht sich auf die in den Gebäudetrakten C und E der Gesamtschule durchgeführten Abklebungen im Deckenbereich und fragt an, ob diese Maßnahmen auf ihre Funktionsfähigkeit kontrolliert werden und auch über Messungen überprüft wird, ob die gewünschten Werte eingehalten werden. Weiter fragt sie an, ob sich der Verdacht einer Dioxin-Belastung bestätigt hat und darüber Messergebnisse vorliegen.

Die Verwaltung antwortet, dass eine Überprüfung der Abklebungen erfolgt ist und auch Kontrollmessungen in den Ferien durchgeführt wurden. Falls diese Messergebnisse noch nicht bekanntgegeben wurden, werde dies im nächsten Fachausschuss geschehen. In diesen Messergebnissen seien Wertunterschiede festgestellt worden, die teilweise fast den Sanierungszielwert erreichten. Der Verdacht einer Dioxin-Belastung habe sich durch die Untersuchungen nicht bestätigt, die Furane in den Deckenplatten seien durch die Abklebungen abgesichert. Nach dem Freiwerden der Räume nach dem Umzug der Grundschule in das Container-Dorf werde sehr zügig mit der Sanierung der belasteten Räume begonnen.

Ratsherr Schaub verweist auf die letzte Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport, in der der Leiter der Gesamtschule darum gebeten habe, in Kenntnis der Ergebnisse der Kontrollmessungen den Sprachgebrauch zu ändern und nicht mehr von einem Gefährdungspotential für seine Schüler zu sprechen. Er habe diese Bitte sehr nachdrücklich vorgetragen und festgestellt, dass die Werte durch die verschiedenen Maßnahmen auf 200 - 600 ng/cbm zurückgeführt werden konnten; die Schüler der Gesamtschule seien in diesen Gebäuden keinem Gefährdungspotential mehr ausgesetzt.

Ö 20.7 **Mündliche Anfrage des Ratsfrau Stamm (Grüne)**
Platanen an der Krischerstraße

Ratsfrau Stamm verweist auf den unnatürlich früh erfolgten Rückschnitt der Platanen an der Krischerstraße. Sie fragt an, ob dies so früh im Jahr geschehen musste und von der Verwaltung eine Verlängerung des Intervalls der Pflegemaßnahmen von einem auf zwei Jahre überprüft wurde.

Die Verwaltung berichtet über massive Anliegerbeschwerden hinsichtlich der Kronengröße und des Laubes der Platanen, was die Verwaltung zu dem frühen Rückschnitt veranlasste. Sie verweist darauf, dass eine Intervallpflege durchgeführt wird, sagt der Fragestellerin hierzu jedoch eine ausführlichere schriftliche Antwort zu.

Ö 20.8 **Mündliche Anfrage des Ratsfrau Hengsberger (SPD)**
Marke Monheim e.V.

Ratsfrau Hengsberger bezieht sich auf Presseartikel über die Gründungsversammlung des Vereins Marke Monheim e.V. und die Wahl des Vereinsvorstandes. Unter Verweis auf eine frühere Anfrage des Ratsherrn Pruin fragt sie an, wann bekanntgegeben wird, wer Mitglied in diesem Verein werden und mitarbeiten kann. Auf die damalige Zusage des BM, hierzu weitere Informationen zu geben, sei bisher nichts erfolgt.

Herr Bürgermeister Dünchheim erwidert, dass die Vorstandssitzung, die sich mit der Beitragssatzung, Mitgliedschaften etc. befasst, am 03.12.2001 stattfindet. Der Vereinsvorstand werde zukünftig an jedem ersten Montag im Monat tagen. Nach den nötigen Vorarbeiten werde eine eingehende Information des Rates erfolgen.

Ö 20.9 **Mündliche Anfrage des Ratsherrn Klein (SPD)**
**Grünflächen zwischen Humboldtstraße und Geschw.-Scholl-
Straße**

Ratsherr Klein verweist auf Beschwerden von Bürgern über den Zustand der Grünflächen zwischen Humboldtstraße und Geschw.-Scholl-Straße. Er fragt an, ob es konkrete Maßnahmen geben wird, die eine bessere Gestaltung dieser Grünflächen sicherstellen können.

Der Bürgermeister berichtet über eine vor kurzem durchgeführte Ortsbesichtigung. Der Betriebshof wird, sobald dort Kapazitäten frei werden, kurzfristig Grobpflegemaßnahmen durchführen. Gleiches gilt für die Grünflächen im Bereich des Einkaufszentrums Baumberg-Ost. Über weitergehende Maßnahmen, z.B. Reparatur bzw. Erneuerung von Bänken muss noch entschieden werden.

Ö 20.10 **Mündliche Anfrage des Ratsherrn Göbel (CDU)**
Besucherzahlen im mona mare

Ratsherr Göbel bezieht sich auf die im Frühjahr geführte öffentliche Diskussion um die Nichtöffnung des Freibades und fragt an, ob eine Statistik über die Besucherzahlen im monatsweise im Sommer geführt wurde.

Herr Bürgermeister Dünchheim antwortet, dass die Geschäftsführung die Besucherzahlen bis Oktober vorgelegt hat. Es sei davon auszugehen, dass in diesem Jahr eine Gesamtbesucherzahl von 200 000 erreicht werde. Die Besucherzahl in den Sommermonaten sei höher gewesen als in den vorangegangenen Jahren mit geöffnetem Freibad.

**Ö 20.11 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Butschko (CDU)
Deich**

Ratsherr Butschko bezieht sich auf seine Anfrage in der gestrigen Fachausschusssitzung hinsichtlich der Löcher im Deich und damit verbundener Gefahren bei zu erwartendem Hochwasser sowie der termingerechten Fertigstellung des Deiches. Er fragt an, was die von der Verwaltung zugesagte Rücksprache mit dem Bauunternehmen ergeben hat.

Die Verwaltung antwortet, dass sie die Firma heute nicht erreicht hat und sagt eine ausführliche schriftliche Beantwortung der gestellten Fragen an Herrn Butschko zu.

Sie verweist darauf, dass Vorsorge getroffen wurde, bei evtl. eintretendem Hochwasser die Löcher kurzfristig zu schließen; das für die Schließung nötige Material liege am Deich einbaufähig dafür bereit, so dass es keine Probleme geben werde. Mit den Bauarbeiten liege man im vorgegebenen Zeitplan.

**Ö 20.12 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Hengsberger (SPD)
Baumaßnahme an der Griesstraße**

Ratsfrau Hengsberger fragt an, auf welcher rechtlichen Grundlage die Baumaßnahme an der Griesstraße erfolgt. Die Verwaltung antwortet, dass es für diesen Bereich einen Bebauungsplan gibt, wird die Angelegenheit jedoch nochmals prüfen und Frau Hengsberger eine schriftliche Antwort zukommen lassen.